



Auskunft erteilt:	Frau Hoffmann	Amt/EB: 07-Gleichstellungsstelle
Tel.:	0261 129 1050	e-mail: Katharina.Hoffmann@stadt.koblenz.de
Koblenz,	04.09.2019	

An alle Mitglieder des Gleichstellungsausschusses

Ich lade hiermit zu einer Sitzung des Gleichstellungsausschusses am

Mittwoch, den 25.09.2019, 16:00 Uhr,

im Sitzungssaal 220, Rathausgebäude II, Willi-Hörter-Platz 2, 56068 Koblenz, ein.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung:

Punkt 1:	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern, die nicht dem Stadtrat angehören. Vorlage: UV/0291/2019
Punkt 2:	Veränderungen und neue Zuständigkeiten in der Gleichstellungsstelle Vorlage: UV/0292/2019
Punkt 3:	Gleichstellungsplan 2019 - 2024 der Stadtverwaltung Koblenz Vorlage: UV/0293/2019
Punkt 4:	Zu wenige Frauen in der Koblenzer Kommunalpolitik - Ursachen, Hintergründe, Lösungsansätze Vorlage: UV/0294/2019
Punkt 5:	Demokratieprojekte in Koblenz, insbesondere für Frauen. Beispiel: Bundesprogramm "Demokratie leben". Vorlage: UV/0295/2019
Punkt 6:	Ein Kind gehört zu seiner Mutter - außer sie ist lesbisch. Historisches Forschungsprojekt zum Sorgerechtsverlust bei lesbischen Müttern. Vorlage: UV/0296/2019
Punkt 7:	QueerNet Rheinland-Pfalz e.V.: Projekt Familienvielfalt Vorlage: UV/0297/2019
Punkt 8:	Mitteilungen der Verwaltung und Verschiedenes

Wenn Sie im Hinblick auf Ihren Teilnahmewunsch aufgrund einer Einschränkung Unterstützungsbedarf haben, melden Sie sich bitte unter der genannten Telefon-, Faxnummer oder Emailadresse. Verwaltungsseitig wird dann versucht, das zur Unterstützung Erforderliche und Umsetzbare in die Wege zu leiten.

Ich weise darauf hin, dass die stellvertretenden Ausschussmitglieder diese Einladung nur zur Kenntnis erhalten. Die Ausschussmitglieder sind gemäß § 29 Absatz 7 der Geschäftsordnung des Stadtrates im Fall der Verhinderung für die rechtzeitige Benachrichtigung Ihrer Vertreterinnen selbst verantwortlich.

Mit freundlichen Grüßen

David Langner



Unterrichtungsvorlage

Vorlage: UV/0291/2019		Datum: 02.09.2019	
Oberbürgermeister			
Verfasser:	07-Gleichstellungsstelle	Az.:	
Betreff: Verpflichtung von Ausschussmitgliedern, die nicht dem Stadtrat angehören.			
Gremienweg:			
25.09.2019	Gleichstellungsausschuss	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		öffentlich

Unterrichtung:

Nach Nummer 5 der Verwaltungsvorschrift zu §§ 46, 30 II der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz verpflichtet der Oberbürgermeister die Ausschussmitglieder, die nicht dem Rat angehören, vor ihrem Amtsantritt namens der Stadt Koblenz durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten. Dies gilt vornehmlich für die Schweige- und Treuepflicht (§§ 20,21 GemO). Ausschussmitglieder sind zur Verschwiegenheit über solche Angelegenheiten verpflichtet, deren Geheimhaltung besonders vorgeschrieben oder ihrer Natur nach erforderlich oder vom Ausschuss aus Gründen des Gemeinwohls oder zum Schutze berechtigter Interessen Einzelner beschlossen ist. Die dem Ausschussmitglied obliegende Treuepflicht fordert ein aktives Handeln im Interesse der Stadt Koblenz. Zu verpflichtende Ausschussmitglieder sind:

Ordentliche Mitglieder

- Ruby Nilges, Bündnis 90/ Die Grünen
- Michaela Puchta/ CDU
- Martina von Berg/ CDU
- Susanne Wnuk-Lipinski/ CDU
- Denny Blank/ SPD
- Anja Eisenblätter/ SPD
- Yasmin Khabbازه/ SPD
- Gabriele Hofmann/ FW
- Nadine Schmitz-Germayer/ WGS
- Annette Vollmar/ Die Linke
- Claudia Kriebs/ FDP

Stellvertreter*Innen

- Gabriele Kütke/ CDU
- Rita Hammes/ CDU
- Angelika Schluch/ CDU
- Angelika Essig/ CDU
- Olivia Shterjova/ SPD
- Monika Berg/ SPD
- Pascal Klingmann/ SPD
- Judith Becker/ AfD
- Anna-Maria Plato/ WGS
- Dr. Sebastian Gleixner/ FDP



Unterrichtungsvorlage

Vorlage: UV/0292/2019		Datum: 02.09.2019	
Oberbürgermeister			
Verfasser:	07-Gleichstellungsstelle	Az.:	
Betreff:			
Veränderungen und neue Zuständigkeiten in der Gleichstellungsstelle			
Gremienweg:			
25.09.2019	Gleichstellungsausschuss	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP öffentlich		ohne BE abgesetzt geändert

Unterrichtung:

Der Gleichstellungsstelle der Stadt Koblenz obliegt die Aufgabenerfüllung nach der Gemeindeordnung (GemO) Rheinland-Pfalz und dem Landesgleichstellungsgesetz (LGG) Rheinland-Pfalz. Beide sind gesetzliche Pflichtaufgaben. Seit 2012 fungiert sie zudem als Kontaktstelle für Homosexuelle, seit 2015 für die queere Bevölkerung (Anlaufstelle und Weiterleitung an andere Stellen). 2018/19 wurden folgende Aufgaben erweitert bzw. neu übertragen:

1. Ausweitung der Aufgabenstellung in Bezug auf queere Lebensweisen (von Anlaufstelle zu Projektentwicklung)
2. Beschwerdestelle nach dem AGG (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz)
3. Antidiskriminierungsstelle (Kontakt und Weiterleitung an andere Stellen)

Im Zuge dessen wurde auch der Fachausschuss Frauen umbenannt in Gleichstellungsausschuss. Die Zuständigkeiten wurden erweitert und lauten nun:

„Der Gleichstellungsausschuss befasst sich mit Themen zur Gleichstellung der Geschlechter und Angelegenheiten, die Frauen im besonderen Maße betreffen. Darüber hinaus ist er zuständig bei Fragen der Diskriminierung, z.B. im Hinblick auf queere Lebensweisen.“

Katharina Hoffmann informiert über die Entwicklungen und neuen Zuständigkeiten der Gleichstellungsstelle der Stadt Koblenz.



Unterrichtungsvorlage

Vorlage: UV/0293/2019		Datum: 02.09.2019	
Oberbürgermeister			
Verfasser:	07-Gleichstellungsstelle	Az.:	
Betreff: Gleichstellungsplan 2019 - 2024 der Stadtverwaltung Koblenz			
Gremienweg:			
25.09.2019	Gleichstellungsausschuss	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		öffentlich

Unterrichtung:

Am 30.12.2015 trat das neue Landesgleichstellungsgesetz (LGG) Rheinland-Pfalz in Kraft. Anstelle des früheren Frauenförderplans ist nun ein Gleichstellungsplan zu erstellen und nach Ablauf von 6 Jahren fortzuschreiben. Dieser gilt für die Stadtverwaltung Koblenz einschließlich der städtischen Eigenbetriebe. Der Gleichstellungsplan ist ein wesentliches Steuerungsinstrument der Personalplanung und Personalentwicklung. Seine Umsetzung und Überprüfung ist besondere Verpflichtung der Dienststellenleitung, der Personalverwaltung und der Führungskräfte. Gleichwohl ist eine Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern in allen gesellschaftspolitischen und beruflichen Bereichen nur möglich, wenn dieses Ziel im Alltagsleben selbstverständlich gesehen wird. Der Gleichstellungsplan beinhaltet eine Analyse und Entwicklung der Beschäftigungsstruktur und stellt dar, in welchen Bereichen der Stadtverwaltung Koblenz Frauen unterrepräsentiert sind. Er bietet Perspektiven und konkrete Ansatzpunkte zur Gleichstellung von Frauen und Männern und für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen Berufen, Bereichen und Funktionen der Stadtverwaltung. Gleichzeitig sollen Frauen und Männer die Möglichkeit haben, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren, ohne berufliche Nachteile in Kauf nehmen zu müssen.

Daniela Schüller, Amt für Personal und Organisation/ Statistikstelle stellt in Vertretung für Julia Schughart, Amt für Personal und Organisation ausgewählte Punkte des Gleichstellungsplans 2019 – 2024 vor.



Unterrichtungsvorlage

Vorlage: UV/0294/2019		Datum: 02.09.2019	
Oberbürgermeister			
Verfasser:	07-Gleichstellungsstelle	Az.:	
Betreff:			
Zu wenige Frauen in der Koblenzer Kommunalpolitik - Ursachen, Hintergründe, Lösungsansätze			
Gremienweg:			
25.09.2019	Gleichstellungsausschuss	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		öffentlich
			ohne BE
			abgesetzt
			geändert

Unterrichtung:

Auch einhundert Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechtes sind die politische Kultur und die Rahmbedingungen für die Teilhabe von Frauen immer noch verbesserungswürdig. Zwar ist schon einiges erreicht und wir sind auf gutem Weg, doch es bleibt viel zu tun. Denn noch immer sind Frauen, die ca. 51 Prozent der Wahlberechtigten in Deutschland ausmachen, in kommunalen Parlamenten deutlich unterrepräsentiert. Auch im Koblenzer Stadtrat sind Frauen nicht paritätisch vertreten: Von den insgesamt 56 Mitgliedern sind 19 weiblich (34 %). In der Sitzung am 3. April 2019 befasste sich der Fachausschuss Frauen mit dem Thema „Mehr Frauen in die kommunalen Parlamente – aber wie?“ und diskutierte über mögliche Ursachen und Erklärungsmodelle für die Unterrepräsentanz.

Welche Faktoren sind eher förderlich, welche besonders hinderlich, wenn es darum geht, sich kommunalpolitisch zu engagieren? Daniela Schüller, Amt für Personal und Organisation/ Statistikstelle stellt ausgewählte Fragen und mögliche Erkenntnisse aus den Ergebnissen des Bürgerpanels vor und erörtert mit den Fachausschussmitgliedern weitere Vorgehensmöglichkeiten.



Unterrichtungsvorlage

Vorlage: UV/0295/2019		Datum: 02.09.2019	
Oberbürgermeister			
Verfasser:	07-Gleichstellungsstelle	Az.:	
Betreff:			
Demokratieregionen in Koblenz, insbesondere für Frauen. Beispiel: Bundesprogramm "Demokratie leben".			
Gremienweg:			
	Gleichstellungsausschuss	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		öffentlich

Unterrichtung:

Auf Anfrage von Julia Schmenk – Bündnis 90/Die Grünen in der letzten Sitzung hat die Gleichstellungsstelle ausgewählte Demokratieregionen für Frauen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene zusammengestellt. Diese Zusammenstellung wird den Mitgliedern des Gleichstellungsausschusses schriftlich ausgehändigt bzw. der Niederschrift beigelegt.

Exemplarisch wird das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ im Gleichstellungsausschuss vorgestellt: Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt in ganz Deutschland Städte, Landkreise und Gemeinden und fördert lokale Partnerschaften für Demokratie, z. B. durch die Unterstützung von Vereinen, Initiativen und Projekten. Den Kommunen werden jährlich – mit einer Perspektive von 5 Jahren – Gelder zur Verfügung gestellt, mit denen Einzelaktionen unterstützt werden können. Zur fachlich-inhaltlichen Koordinierung richten die geförderten Kommunen eine Koordinierungs- und Fachstelle ein. Sie ist zuständig für die Steuerung der Umsetzung der lokalen Projekte, fungiert als Ansprechpartnerin und trägt zur Bekanntmachung der vor Ort geleisteten Maßnahmen bei.

Seit Ende 2018 gibt es auch in der Stadtverwaltung Koblenz eine Koordinierungs- und Fachstelle für das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ mit zwei halben Stellen – angesiedelt im Kultur- und Schulverwaltungsamt. Charlotte Gewehr und Katharina Schmitt arbeiten hier. Sie stellen das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ vor und berichten über die Realisierung von Demokratieregionen in Koblenz.



Unterrichtungsvorlage

Vorlage: UV/0296/2019		Datum: 02.09.2019	
Oberbürgermeister			
Verfasser:	07-Gleichstellungsstelle	Az.:	
Betreff:			
Ein Kind gehört zu seiner Mutter - außer sie ist lesbisch. Historisches Forschungsprojekt zum Sorgerechtsverlust bei lesbischen Müttern.			
Gremienweg:			
25.09.2019	Gleichstellungsausschuss	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
	TOP	<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	öffentlich		<input type="checkbox"/> ohne BE
			<input type="checkbox"/> abgesetzt
			<input type="checkbox"/> geändert

Unterrichtung:

Die Historikerin Dr. Kirsten Plötz aus Koblenz forscht seit den 1990er Jahren über Geschlechtergeschichte. Ihr aktuelles Forschungsprojekt im Auftrag des Landes Rheinland-Pfalz lautet: „Sorgerecht lesbischer bzw. bisexueller Mütter bis ins Jahr 2000“. Hintergrund ist, dass Gerichte über einen langen Zeitraum das Kindeswohl nicht gewahrt sahen, wenn Kinder nach einer Scheidung bei einer Mutter aufwuchsen, die eine lesbische Beziehung führte. Damit dies nicht passierte, verbarg damals manche Mutter ihre Lebensgefährtin.

Dr. Kirsten Plötz stellt ihr aktuelles Forschungsprojekt vor, berichtet über Hintergründe und beantwortet Fragen.



Unterrichtungsvorlage

Vorlage: UV/0297/2019		Datum: 02.09.2019	
Oberbürgermeister			
Verfasser:	07-Gleichstellungsstelle	Az.:	
Betreff:			
QueerNet Rheinland-Pfalz e.V.: Projekt Familienvielfalt			
Gremienweg:			
25.09.2019	Gleichstellungsausschuss	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP	öffentlich	

Unterrichtung:

QueerNet-Rheinland-Pfalz e.V. ist ein landesweites Netzwerk der schwul-lesbischen, bi, trans*, inter*, queeren Gruppen und Initiativen in Rheinland-Pfalz. Mit Unterstützung des Ministeriums für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz bietet QueerNet das Projekt Familienvielfalt an, um die Sichtbarkeit von gleichgeschlechtlichen Lebensweisen und Regenbogenfamilien zu stärken und deren Akzeptanz zu fördern. Mittlerweile gehören vielfältige Lebens- und Familienformen zum Alltag. Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transidente und Intersexuelle sind Teil dieser Vielfalt. Allerdings wird in Familie, Freundeskreis und Beruf in der Regel eine heterosexuelle Entwicklung erwartet. So erfahren Menschen mit anderer sexueller Orientierung noch immer Diskriminierung und müssen sich mit Vorurteilen auseinandersetzen – etwa in Schulen, in Jugendzentren, am Arbeitsplatz. Hier setzt das Projekt Familienvielfalt an. Für Fachkräfte in Familien- und Jugendeinrichtungen sowie für alle Interessierten stehen in den Regionen Mainz, Trier, Koblenz und Pfalz und auf Landesebene Ansprechpartner*innen zur Verfügung. Sie beantworten Fragen und beraten Familien- und Jugendeinrichtungen in ihren Handlungsmöglichkeiten zur Öffnung für die Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten und Familienformen. Außerdem bieten sie Fortbildungen an zu Themen wie z.B. Coming-out und Regenbogenfamilie.

Gabi Laschet-Einig, Regionalkoordinatorin nördliches Rheinland-Pfalz, stellt das Projekt Familienvielfalt vor.